

Warum ein Alternativentwurf? – oder: Die Sehnsucht nach dem Meer

(Noch ein Beitrag zur Programmdebatte der LINKEN)

von *Halina Wawzyniak* und *Raju Sharma*

Im März 2010 hat die Programmkommission der LINKEN ihren Entwurf für ein Parteiprogramm vorgelegt. Oskar Lafontaine, einer der damaligen Parteivorsitzenden erklärte seinerzeit (und noch viele Male später), die Struktur dieses Entwurfs und die allermeisten seiner Inhalte würden am Ende der Programmdebatte aus gutem Grund Bestand haben. 10 Monate später ist die Programmdebatte in vollem Gange: Hunderte - überwiegend kritische, vielfach auch grundsätzliche - Wortmeldungen zum Entwurf und zum Verfahren, heftige und anhaltende Kontroversen im Parteivorstand der LINKEN geben wenig Grund anzunehmen, dass die Prognose des ehemaligen Parteivorsitzenden eintritt, gleiches gilt für den Wunsch seines Nachfolgers Klaus Ernst, das Programm -sollte möglichst mit einer Zustimmungquote von 95 % der Mitgliedschaft verabschiedet werden.

Dass dies voraussichtlich bei dem jetzt vorliegenden Programmentwurf nicht so kommen wird, hat mehrere gewichtige Gründe. Da ist zum einem das Verfahren der Programmdebatte, das mittlerweile von Teilen der Partei und der Öffentlichkeit als „Anrühren von Zement“ wahrgenommen wird – möglicherweise auch deshalb, weil nicht nur der frühere Parteivorsitzende Oskar Lafontaine, sondern auch sein Nachfolger Klaus Ernst sowie Sahra Wagenknecht, eine seiner Stellvertreterinnen und Mitglied der Redaktionskommission, ungeachtet der hundertfachen Wortmeldungen zum Programm wiederholt öffentlich erklärt haben, ihnen seien keine „konkreten Reformvorschläge“ bekannt. Zum anderen weist der vorgelegte Entwurf zumindest folgende gravierenden Schwächen auf, die im Laufe der Diskussion zum großen Teil auch bereits sehr deutlich benannt worden sind:

- So wie die Ursachen der Krise des Kapitalismus im Programmentwurf praktisch ausschließlich ökonomisch hergeleitet werden, wird auch der Demokratische Sozialismus des 21. Jahrhunderts fast ausschließlich mit ökonomischen Determinanten beschrieben. Die darüber hinausgehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Chancen für Veränderungen hinsichtlich von Individualität, Partizipation, Kultur, Bewusstsein, Persönlichkeitsentwicklung, Medien usw. werden vernachlässigt oder allenfalls als Fußnote erwähnt.
- Besonders augenscheinlich wird dies an der Fixierung des Arbeitsbegriffs auf die vor allem im 19. und 20. Jahrhundert entwickelte Form der Erwerbsarbeit im Sinne abhängiger Beschäftigung.
- Ausfluss dieser Fixierung, die weder als Abbild der gesellschaftlichen Realität noch als Leitbild einer neuen Gesellschaft geeignet erscheint, ist auch die im Programmentwurf enthaltene Beibehaltung der Bismarckschen sozialen Sicherungssysteme des 19. Jahrhunderts.
- Andererseits werden im Programmentwurf Politikansätze zum Umgang mit der Digitalisierung der Gesellschaft, zur Demokratisierung der Demokratie, zum wirksamen Schutz von Minderheiten, zum Verhältnis der Partei zu Kirchen und Religionsgemeinschaften,

zur Ausbeutung des Südens durch den Norden usw., nur unzureichend beleuchtet bzw. unterkomplex behandelt.

- Schließlich teilt der Programmentwurf der LINKEN zwei Schwächen mit den Programmen der meisten Parteien in Deutschland: Erstens werden, übrigens anders als vom Parteiengesetz eigentlich vorgesehen, nicht *Ziele* (im Sinne eines gesellschaftlichen Leitbildes) beschrieben, sondern *Maßnahmen* (im Sinne möglicher Wege zu den – ungenannten – Zielen); und zweitens ist der Entwurf schlicht zu lang: Niemand – ob Parteimitglied, potentielle Wählerin oder Journalist – hat wirklich Lust, sich aus 90 (in der „Kurzfassung“ 60) oder mehr Seiten mühsam die Botschaften herauszusuchen, die eine Partei zu etwas Besonderem machen. Natürlich sollten Parteien auch konkret beschreiben, durch welche kurz- und mittelfristige Projekte sie ihre Ziele erreichen wollen. Aber genau das macht den Unterschied aus zwischen einem Wahlprogramm einerseits und einem Grundsatzprogramm andererseits.

Der vorliegende Alternativentwurf für ein Grundsatzprogramm der LINKEN verfolgt den Ansatz, die (vielen) gelungenen Passagen des Programmentwurfs zu nutzen und auf die wesentlichen Aussagen zu verdichten, die bisher geäußerte Kritik an bestimmten Inhalten des Programmentwurfs aufzugreifen, und den Entwurf auch in seiner Struktur zu dem zu machen, was Grundsatzprogramme von Parteien insgesamt sein sollten: Nämlich der Versuch, die für die Gestaltung der Zukunft entscheidenden Fragestellungen zu beschreiben und Antworten darauf zu geben, die von den Menschen nachvollzogen und als attraktive Angebote für die Gesellschaft von morgen angenommen werden können.

Antoine de Saint-Exupéry, der Verfasser des „kleinen Prinzen“, schrieb einmal: „Wenn Du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.“ Was die Programmdebatte der LINKEN braucht, sind weniger Haltelinien und mehr Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.

Berlin, 11. Januar 2011

Halina Wawzyniak

Raju Sharma

Programm der Partei DIE LINKE (eine Alternative)

Präambel

DIE LINKE wurde im Jahr 2007 aus PDS und WASG gegründet, um geeint und verstärkt einen Beitrag zur Überwindung der kulturellen Hegemonie des Neoliberalismus zu leisten und Alternativen für eine bessere Zukunft in die politische und gesellschaftliche Debatte einzubringen.

Wir sind eine neue Partei, die die Erfahrungen der beiden Vorgängerparteien aufgreift und weiterentwickelt. Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist, eine Gesellschaft in der Freiheit und Sozialismus verwirklicht werden, eine Gesellschaft in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet ist. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die Entrechtung und Entmündigung des Menschen abgeschafft ist. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Demokratischer Sozialismus ist für uns Methode, Weg und Ziel – ein transformatorischer Prozess. Wir finden uns nicht ab mit der ungerechten Verteilung von Arbeit und Einkommen sowie Lebenschancen und Lebensqualität zwischen Nord und Süd. Wir finden uns nicht ab mit Krieg als Mittel der Politik. Wir finden uns nicht ab mit fehlender oder mangelhafter Demokratie und Umweltzerstörung. Vor allem aber finden wir uns nicht ab mit der Dominanz des Profits in allen Lebensbereichen.

Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, als Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation gegen Faschismus und Rassismus, Imperialismus und Militarismus.

Durch unsere praktische Politik in- und außerhalb der Parlamente wollen wir dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere Politik. Wir wollen eine andere Gesellschaft. Wir wollen den Kapitalismus überwinden.

Die Debatte über eine andere Gesellschaft orientiert sich an folgenden Leitideen, die es in der politischen Praxis zu untersetzen gilt:

- Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden erfordern weltweit eine gleichberechtigte Teilhabe an den sozialen Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens.
- Wirtschaft und Lebensweisen sind an den Bedürfnissen einer solidarischen Entwicklung zwischen Nord und Süd sowie am Erhalt der Natur auszurichten.

I. Woher wir kommen, wer wir sind

DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung an. Wir berücksichtigen die Erfahrungen der feministischen, emanzipatorischen und antimilitaristischen Bewegung. Wir bündeln politische Erfahrungen aus der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Wir greifen die Organisationserfahrungen der ostdeutschen Volkspartei PDS und der gewerkschaftsnahen Partei WASG auf.

Die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts erstrebten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegen religiöse Dogmen und Privilegien des Adels. Humanismus und Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie waren bestimmend für die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung. Sie forderten die Verwirklichung von Recht und Freiheit für alle Menschen.

Im 19. Jahrhundert organisierten sich Arbeiterinnen und Arbeiter in Gewerkschaften. Sie setzten der Ausbeutung durch das Kapital Widerstand entgegen, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie kämpften für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für höhere Einkommen und Mitbestimmungsrechte. Sie bildeten Genossenschaften und Vereine, um Alltag und Freizeit solidarisch zu gestalten und Kultur- und Bildungsansprüche zu verwirklichen. Mit der zunehmenden Politisierung der Arbeitermilieus entwickelte die Arbeiterbewegung auch ihre politischen Interessenvertretungen. Diese wurden von der Staatsmacht mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Sozialreformen und Sozialistengesetz heftig bekämpft. Trotzdem wurde die Sozialdemokratie an der Schwelle zum 20. Jahrhundert in Deutschland zu einer mächtigen politischen und kulturellen Kraft. Die Sozialdemokratie, linkssozialistischen Bewegungen, USPD und KPD gehören zum historischen Erbe der LINKEN.

Die bittere Erfahrung der Spaltung der Arbeiterbewegung Anfang des vergangenen Jahrhunderts bleibt uns eine Lehre. Sie erleichterte den Aufstieg der Nationalsozialisten und verhinderte gemeinsamen Widerstand gegen ihre Machtübernahme. Die historische Einmaligkeit der industriellen Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden lastet noch heute auf der Geschichte Deutschlands. Die barbarische Verfolgung von Kommunistinnen und Kommunisten, von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie Homosexuellen prägte die Zeit des Faschismus. Viele sind von den Nazis ermordet worden, andere saßen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern oder befanden sich auf der Flucht. Die Barbarei und der verbrecherische Krieg der deutschen Nationalsozialisten verheerten ganz Europa. Es bleibt ein Versagen der deutschen Bevölkerung den Faschismus nicht selbst niedergerungen zu haben.

Nach dem Krieg wurden unter dem Einfluss der Siegermächte USA und Sowjetunion in Westeuropa bürgerliche Demokratien mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung und in Mittel- und Osteuropa Staaten mit sozialistischem Anspruch aufgebaut.

In Ostdeutschland setzten sich nach 1945 viele Einwohnerinnen und Einwohner für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein. Im April 1946 wurde die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gegründet. Der Zusammenschluss von SPD und KPD wurde mit dem gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus gerechtfertigt. Die Lehren aus der vergangenen Spaltung der Arbeiterbewegung sollten gezogen werden. Doch die Vereinigung erfolgte unter Druck und Zwang, viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ihm Widerstand entgegensetzten, wurden verfolgt. Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen -ohne allerdings an den patriarchalen Grundstrukturen zu rütteln-, die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur. Dem gegenüber stehen allerdings staatliche Willkür, eingeschränkte politische Freiheiten, Menschenrechtsverletzungen, Verhinderung von Bildungschancen aufgrund politischer oder religiöser Einstellungen sowie fehlende Rechtsstaatlichkeit. Die Demokratie blieb auf der Strecke, und eine ökologische Orientierung hatte keine Chance. Die Zentralisation der ökonomischen Entscheidungen und die bürokratisierte Form der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie die weitgehende Einschränkung betrieblicher Selbstständigkeit führten langfristig zu einem Zurückbleiben der Innovations- und Leistungsfähigkeit.

Damit sank die Anziehungskraft des ökonomischen Modells der DDR. Letztendlich führten all die benannten Ursachen zum Scheitern der DDR, denn: Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes gewollt und demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert wird, muss früher oder später scheitern. Ohne Demokratie kein Sozialismus. Deshalb gehörte zum Gründungskonsens der PDS der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System.

Zu diesem Bruch gehört es auch, dass wir uns als Rechtsnachfolgerin der SED unserer Verantwortung stellen und die Lehren aus dem in der DDR begangenen Unrecht gegenüber Gläubigen und Kirchen gezogen haben. Bereits 1990 hat der Parteivorstand der PDS sich zur Verantwortung an einer verfehlten Politik der SED bekannt, die tragische Schicksale, Benachteiligung, Verdächtigung und ohnmächtige Betroffenheit auslöste und die Gläubigen, Kirchen und Religionsgemeinschaften um Versöhnung gebeten. Heute engagieren sich in der LINKEN Christinnen und Christen neben Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften, aber auch Atheistinnen und Atheisten für gemeinsame Ziele und Werte, die in den großen Religionen genauso ihre Wurzeln haben, wie in den Ideen der Aufklärung und des Humanismus: Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Nächstenliebe und Toleranz.

In Westdeutschland blieben, wie in anderen Ländern Westeuropas, sozialistische Neuordnungsbestrebungen nach dem Krieg erfolglos. Die Kommunistische Partei war in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland schwach und zunehmender Repression ausgesetzt, 1956 wurde die KPD verboten. Zu den Erfahrungen der Menschen in der Bundesrepublik gehörten zunehmender gesellschaftlicher Wohlstand, an dem auch die unteren gesellschaftlichen Schichten teilhatten, sowie eine parlamentarische Demokratie. Doch gleichzeitig bestanden autoritäre, patriarchale und obrigkeitstaatliche Strukturen fort. Seit den 1960er Jahren entwickelte sich eine gesellschaftskritische außerparlamentarische Opposition als eine Bewegung für mehr Demokratie, gegen autoritäre Tendenzen, für andere Lebensentwürfe, für mehr Selbstverwirklichung der Einzelnen, gegen Medien- und Kapitalmacht. Trotz der von Gewerkschaften in harten Auseinandersetzungen durchgesetzten Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und verbesserte sozialstaatlichen Leistungen blieb durch die Notstandsgesetze und eine repressive Innenpolitik im Zuge der Auseinandersetzung mit der RAF die Erfüllung der Ansprüche der Demokratiebewegung auf halber Strecke stehen. Die Friedensbewegung forderte Abrüstung und vor allem die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen. Sie unterstützte und prägte die Entspannungspolitik, der es in den 1970er und 1980er Jahren gelang, die gefährliche Blockkonfrontation der

Nachkriegszeit aufzuweichen und so zu entschärfen. Weder die Frauenbewegung mit dem Ziel eine geschlechtergerechte Gesellschaft noch die Umweltbewegung mit dem Ziel eine naturverträgliche Produktions- und Lebensweise zu erreichen und Nutzung der Atomkraft zu beenden konnten ihre Ziele vollständig erreichen. Sie haben allerdings zu einem veränderten Bewusstsein und Sensibilisierung für Probleme beigetragen. Gleiches gilt für Internationalistische Gruppen, die Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und Asien unterstützten und für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit stritten. Diese Erfahrungen zeigen, dass langer Atem nötig ist um Anfänge gesellschaftlicher Veränderungen zu erreichen.

Teile der Bürgerbewegung der DDR, darunter auch Reformerinnen und Reformer innerhalb der SED, setzten sich im Herbst 1989 für einen friedlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Aufbruch und einen politischen Wandel zu einem besseren Sozialismus ein. Doch 1990 scheiterte dieses Projekt an der Arroganz westdeutscher Eliten. Ebenso wenig gelang es, eine demokratische Neubegründung des vereinigten Deutschlands durchzusetzen. Auf der einen Seite gab es einen Zugewinn an demokratischen Rechten, individueller Freiheit, rechtsstaatlicher Sicherheit und internationaler Öffnung. Auf der anderen Seite einen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang vieler ostdeutscher Regionen und die Aneignung ostdeutschen Staatseigentums durch internationale Konzerne mithilfe der Treuhandanstalt. Im vereinten Deutschland wurden die Errungenschaften und Erfahrungen der Ostdeutschen nicht genutzt. In einem schwierigen und selbstkritischen Prozess ging aus der ehemaligen SED die Partei des Demokratischen Sozialismus hervor. Sie behauptete sich als unabhängige Kraft und erstarkte je mehr sie sich den konkreten Problemen der Menschen vor Ort annahm und für demokratische Lösungen stritt. Wesentlicher Bestandteil dieses Engagements war der Anspruch, Interessen der Menschen in Ostdeutschland politisch zu vertreten. Ihre Versuche, Menschen in Westdeutschland zu gewinnen, hatten jedoch nur geringe Erfolge.

Die Linke in Deutschland war lange Zeit in der Defensive. Viele der in Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen aktiven Linken hatten keine Bindung zu einer Partei. Nach 8 Jahren neoliberaler Politik im vereinten Deutschland die sich u.a. auch in der Abschaffung des Asylrechts äußerte, wurde das Projekt »Rot-Grün«, von vielen mit hohen Erwartungen begrüßt, enttäuschte aber ab März 1999, da es soziale und ökologische Ziele den Interessen des Kapitals unterordnete und die Tür für internationale Kriegseinsätze deutscher Soldaten öffnete. In rasantem Tempo wandten sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen von Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und den Interessen der

Bevölkerungsmehrheit an einer friedlichen Welt ab. Das »Hartz IV«- Gesetz und die Agenda 2010 führten zum endgültigen Bruch vieler sozial und links gesinnter Menschen mit SPD und Grünen und zur Entwicklung einer neuen politischen Kraft, der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG).

Im Jahr 2007 haben sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE vereinigt.

II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation

Das Kapital treibt Produktivität, Erfindungsgeist und Innovation voran, wo immer es damit Profite machen kann. Mit dem technologischen Fortschritt geht zugleich die Vernichtung von Erwerbsarbeitsplätzen einher. Profitstreben zerstört am Ende den Wohlstand und betreibt Raubbau an der Natur. Kriege werden in Kauf genommen, wenn auf diese Weise Profite gesteigert und gesichert werden können. Doch Kriege werden auch unter dem Deckmantel des Humanismus geführt.

Der Kapitalismus hat in den zwei Jahrhunderten seiner Existenz unermesslichen Reichtum hervorgebracht und in vielen Ländern den Wohlstand großer Teile der Bevölkerung erhöht. Dies war allerdings immer mit einer Ausbeutung insbesondere der Menschen im Süden verbunden. Auch deshalb bleiben Milliarden Menschen von diesem Reichtum ausgeschlossen. Die soziale Ungleichheit ist größer geworden, die Kluft zwischen Armut und Reichtum klafft immer weiter. Die Krisen der kapitalistischen Marktwirtschaft haben Massenerwerbsarbeitslosigkeit und Einkommensverluste zur Folge. Zwar hat der Kapitalismus die technologischen Voraussetzungen geschaffen, um Armut für immer zu überwinden. Doch er zementiert eine Weltordnung, in der alle fünf Sekunden ein Kind verhungert und mehr als eine Milliarde Menschen zu wenig zu essen und keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

Auch in der westeuropäischen Nachkriegsentwicklung lässt sich diese Widersprüchlichkeit finden. Die Idee einer »sozialen Marktwirtschaft« war eine Antwort auf den Schock von Krise, Faschismus und Krieg und resultierte daher aus den Erfahrungen mit einem entfesselten barbarischen Kapitalismus. Sie war die Antwort auf die Kämpfe starker Gewerkschaften, antikapitalistischer Bewegungen und sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien. Auch die Existenz des sozialistischen Lagers war eine Herausforderung, auf die mit sozialstaatlichen Zugeständnissen reagiert wurde. Soziale Sicherungssysteme

wurden ausgebaut, demokratische Rechte zunächst ausgeweitet, der Wohlstand stieg.

Die soziale Marktwirtschaft stellte einen Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital dar, der die Herrschaft des Kapitals nicht in Frage stellte. Das Modell funktionierte, solange schnelle Produktivitätsfortschritte und hohe Wachstumsraten die Profite der großen Unternehmen stabilisierten und starke gewerkschaftliche und demokratische Gegenmächte existierten.

Die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre markiert das Ende dieser »goldenen Jahre« hohen Wachstums. Nach und nach zeigte sich, dass die lange Nachkriegsperiode wirtschaftlichen Aufschwungs eine Ausnahme war. Der Kapitalismus kehrte zu seiner Normalität zurück, einschließlich periodisch auftretender Krisen- und Stagnationsphasen. Die Zahl der aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten stieg und verfestigte sich zu struktureller Massenarbeitslosigkeit. Die Ansprüche der Kapitaleigner wurden wieder aggressiver. Sie wurden untermauert durch die wachsende Macht der Konzerne, deren Erpressungspotenzial durch zunehmende Aktivitäten auf dem internationalen Markt stark gestiegen war. Sie konnten die Politik »ins Schlepptau« nehmen, und die hat es mit sich geschehen lassen.

Die neoliberale Wende – Umverteilung und Spekulation

Die neoliberale Wende seit den 1970er Jahren diente vor allem dem Ziel, die Profitrate der großen Konzerne nach oben zu treiben. Zentrale Mittel zu diesem Ziel waren die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die politische Schwächung der Gewerkschaften, um das Lohnniveau zu drücken. Demokratische und soziale Rechte sowie Leistungen wurden abgebaut und Steuern auf Gewinne und Kapital gesenkt, um die Unternehmen zu entlasten und ihre Flexibilität zu erhöhen. Die sogenannte geistig-moralische Wende nahm ihren Anfang. Elementarer Bestandteil dieser Wende war die Subsumierung aller Lebensbereiche unter eine Verwertungslogik und die Aufrechterhaltung des Patriarchats ebenso wie die Nützlichkeitsprüfung im Rahmen von Zu- und Einwanderung und fortschreitende Ausbeutung der Länder des Südens durch die Länder des Nordens. In diese Zeit fallen umfassende Privatisierungen zuvor öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen. Damit eröffneten auch soziale Sicherungen dem Kapital zusätzliche profitable Anlagensphären.

Die neoliberale Ausrichtung wurde mit dem Zusammenbruch des Währungssystems der Nachkriegszeit und der Aufgabe regulierter fixer Wechselkurse zu Beginn der 1970er Jahre eingeleitet.

Im Ergebnis haben die Nationalstaaten die Bildung wichtiger Preise auf den Weltmärkten, wie Wechselkurse und Zinsen, aus der Hand gegeben und der Spekulation von Banken und Devisenhändlern überlassen. Der globale Kapitalkreislauf beträgt heute ein Vielfaches des Weltsozialprodukts. Plötzliche Richtungsänderungen der Kapitalströme können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen. Mit der Deregulierung der Finanzmärkte wurde aber nicht nur ein zusätzlicher Hort der Instabilität erzeugt. Die deregulierten Finanzmärkte eröffneten zugleich ein weites Feld spekulativer Profiterzielung, auf das sich wachsende Teile der wirtschaftlichen Aktivität im globalen Kapitalismus konzentrieren.

Die Europäische Union, deren Gründung einst dazu beigetragen hatte, den Frieden in Europa zu sichern, wurde im Rahmen politischer Kämpfe durch politische Entscheidungen der Nationalstaaten neoliberal umgebaut. Städte, Regionen und Länder konkurrieren auf einem gemeinsamen Binnenmarkt mit möglichst niedrigen Steuersätzen, laschen Umweltauflagen, mit niedrigen Löhnen und Sozialabgaben. Die Standortkonkurrenz führt zu einem Dumpingwettbewerb mit verheerenden Auswirkungen nicht zuletzt auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Damit waren die Absenkung der Staatsquote, umfassende Privatisierungen und eine allmähliche Zerstörung des europäischen Sozialmodells vorgezeichnet. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den von den Europäischen Verträgen, der Kommission und dem Europäischen Gerichtshof erzeugten Liberalisierungs- und Deregulierungsdruck. Diese Verträge haben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Rahmen politischer Entscheidungen geschlossen.

Finanzblase und soziale Spaltung

Der neoliberale Kapitalismus führt dazu, dass sich über einer stagnierenden Realwirtschaft eine gewaltige Finanzblase aus Geldvermögen und Schulden aufbläht. Steigende Gewinne und die Umverteilung der Einkommen zugunsten von Kapitalbesitzern und Besserverdienenden bewirken einen riesigen Überschuss an weltweit anlagesuchendem Kapital. Zusätzlich verstärkt wird dies durch weltweite Privatisierungstendenzen in der Altersvorsorge und weiteren sozialen Sicherungssystemen. Zugleich verschärfen die Abkoppelung der Löhne von der Entwicklung der Produktivität und sinkende Sozialeinkommen das Problem

industrieller Überkapazitäten und entmutigen reale Investitionen. Eine Ökonomie der Enteignung macht Mehrheiten ärmer, um die Reichen reicher zu machen. Die Spaltung der Welt in einen reichen Norden und einen armen Süden schreitet voran. Aber auch im Norden nimmt die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zu.

Zwar eröffneten sich in den Entwicklungsländern für Millionen Menschen, insbesondere für Frauen Möglichkeiten der Erwerbsarbeit. Doch zugleich wurden sie neuen kapitalistischen Zwängen unterworfen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und natürliche Lebensräume wurden zerstört.

Die Lebensverhältnisse von kleinen Selbständigen, Freelancern, Niedrigverdienern und Erwerbslosen in den Industrieländern haben sich wesentlich verschlechtert. Viele wissen nicht mehr, wie sie ihr tägliches Leben und das ihrer Kinder finanzieren sollen.

Ein selektives Bildungssystem führt dazu, dass immer mehr junge Menschen schlecht ausgebildet sind und starten ohne Chance und Perspektive ins Leben. Die Gesellschaft hat keine Antworten darauf entwickelt, wie ein gerechter Ausgleich zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern hergestellt werden kann und wie gesellschaftlich sinnvolle, aber nicht dem Profitprinzip unterliegende Arbeit, finanziert werden kann. Im Ergebnis dieser Versäumnisse und einer zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft gehören informelle und prekäre, unterbezahlte und sozial ungesicherte Erwerbsarbeit zur Normalität. Mehr Eigenverantwortung in der Arbeit hat als Kehrseite eine verstärkte Auslieferung und Selbstanpassung an Unterordnungs- und Herrschaftsverhältnisse hervorgebracht.

Die neoliberale Politik steht für eine rabiate Umverteilung zu Lasten der Erwerbslosen und Erwerbstätigen und zum Vorteil leistungsloser Zins- und Dividendeneinkommen. Neoliberale Politik bedeutet Abbau des Sozialstaates und mehr Ausgrenzung und Armut. Eine beispiellose Konzentration von Wirtschaftsmacht ist ihre Folge.

Die Weltwirtschaftskrise am Beginn des 21. Jahrhunderts

Die tiefe Weltwirtschaftskrise, die am Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts begann, ist Folge der neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Elementarer Bestandteil des Kapitalismus ist, dass in grundlegenden Bereichen allein für den Profit produziert wird und für die Bedarfe nur dann existieren, wenn er sich als zahlungskräftige Nachfrage geltend macht. Eine Konjunkturkrise, eine Strukturkrise, die digitale Revolution und die Krise der internationalen Finanzmärkte haben dafür gesorgt, dass ein globales Modell an seine Grenzen gelangte, das die Entwicklung des Kapitalismus in den vergangenen drei Jahrzehnten geprägt und getragen hatte. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wurde in extremer Weise auf Exportsteigerung ausgerichtet und davon abhängig. Den Exportüberschüssen entsprechen enorme Kapitalexporte deutscher Unternehmen. Dabei geht es nicht nur um produktive Direktinvestitionen, sondern in großem Umfang um Kredite oder den Ankauf von Anleihen und Wertpapieren, darunter auch massenhaft heute weitgehend wertloser »Giftmüll«-Papiere. Politisch geförderter Druck auf die Arbeitsentgelte hat das Exportwachstum begünstigt. Die Kürzung öffentlicher Sozialausgaben hat in die gleiche Richtung gewirkt, die Verteilung zu Lasten der Lohn- und Gehaltsabhängigen verschlechtert und die Binnennachfrage dauerhaft geschwächt.

Ergebnis war eine schwache und gespaltene Wirtschaftsentwicklung. Sie diente vorrangig dem Exportsektor und dem Interesse großer Konzerne und Monopole, darunter auch jenen des Finanzkapitals - auf Kosten der Menschen im Süden der Hemisphäre, der Erwerbslosen und Beschäftigten ebenso wie der für den inländischen Bedarf produzierenden, also der großen Mehrzahl der kleineren und mittleren Betriebe.

Schwache Wirtschaftsentwicklung und schwindende Steuereinnahmen aufgrund von Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche haben die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte verschärft. Dabei sind die Länder und Kommunen die Hauptleittragenden, denn für die Erfüllung ihrer Aufgaben bleibt kein Geld übrig. Die selbst produzierte Finanzkrise der öffentlichen Haushalte wiederum dient zur Begründung weiterer Ausgabenkürzungen, von Personalabbau und Privatisierung der noch verbliebenen öffentlichen Güter und Unternehmen. Deutschland ist durch die Exportlastigkeit der Wirtschaft verwundbar geworden. Eine einseitige

Exportorientierung trägt darüber hinaus dazu bei, dass eine selbständige Entwicklung der Länder des Südens unmöglich gemacht wird.

Gleichzeitig hat die Politik aber auch verpasst, sich auf die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen durch die digitale Revolution einzustellen. Die sukzessive Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsprozesse weg von der materiellen hin zur Erlebnisproduktion bleibt unreflektiert. Ebenso die Zunahme von selbständiger Arbeit als Freelancer oder Kreativer und der sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Herausforderungen an die Solidarsysteme und gesellschaftliche Wertevermittlung. Die Potenziale von Kultur- und Kreativwirtschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung bleiben ausgeblendet.

Diese Entwicklungen zeigen: Der neoliberale Kapitalismus ist nicht nur sozial ungerecht. Er unterminiert auch die produktiven Grundlagen der Ökonomie. Er führt zu einer systematischen Fehlsteuerung der Wirtschaft, zum Aufbau riesiger Überkapazitäten und an anderer Stelle zu einer gravierenden Unterversorgung und zu gewaltigen ökologischen Schäden. Sein Ergebnis sind bedrohliche globale Ungleichgewichte und die Zerstörung von Produktion und Produktivität, von Erwerbsarbeitsplätzen und Wohlstand, von Innovation und Kreativität. Er ruiniert die Mittelschichten und bewirkt eine extreme Einkommens- und Vermögenskonzentration bei den Reichsten.

Die neoliberale Politik hat durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung die Wurzeln für die gegenwärtige Krise gelegt, die sich, wenn nicht politisch gegengesteuert wird, zur Katastrophe auswachsen kann. Der ideologische und politische Bankrott des Neoliberalismus ist offenkundig.

Der neoliberale Kapitalismus ist heute in der Krise und hat zugleich eine Krise der Zivilisation herauf beschworen. Die Unterordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unter die Kapitalverwertung, die Fortschreibung des Patriarchats und Begünstigung von Rassismus bedrohen die Existenz der menschlichen Zivilisation. Der Finanzmarktkapitalismus hat die Elemente einer vierfachen Krise aufgehäuft. Sie betreffen die Fragen von Macht und Eigentum, das Verhältnis von Natur und Gesellschaft, die Produktions- und Lebensweise und die Fragen von Sicherheit und Entwicklung.

Krise des sozialen Zusammenhalts

Es ist eine *Krise des sozialen Zusammenhalts* entstanden. Ausgrenzung von Menschen auf Grund der Herkunft, des sozialen Status, der sexuellen oder religiösen Orientierung oder des Geschlechts sind täglich erfahrbar. Immer mehr Menschen werden in extreme Unsicherheit und wachsende Armut gezwungen. Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der Bevölkerung. Dabei ist ein Mechanismus erkennbar, bei dem die Angst vor der Unsicherheit und der Frust über die eigene Situation an die noch Schwächeren weitergegeben und an ihnen ausgelassen wird. Während viele im Erwerbsarbeitsprozess kreativ herausgefordert sind, werden andere gezwungen, auch die unsinnigste Erwerbsarbeit zu jedem Preis anzunehmen. Ideen zur Finanzierung und Gewährleistung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die weder dem Profitprinzip unterworfen werden kann und soll noch im Rahmen des öffentlichen Dienstes durchgeführt wird, werden politisch nicht gewollt. Das Bildungssystem trägt zur sozialen und kulturellen Spaltung der Gesellschaft bei. Rassismus und Faschismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit nehmen zu. Migrantinnen und Migranten stehen häufig auf der untersten sozialen Stufe und werden Sondergesetzen unterworfen.

Aushöhlung der Demokratie

Der neoliberale Kapitalismus trägt zur Aushöhlung der Demokratie bei. Die Möglichkeit demokratischer Einflussnahme und Mitgestaltung schwindet sowohl auf der institutionellen als auch auf der wirtschaftlichen Ebene.

Privatisierung und Liberalisierung der Ökonomie entzieht die Wirtschaftsentwicklung der politischen Einflussnahme. Die Gewinne der Globalisierung werden privatisiert, die Verluste sozialisiert. Soweit öffentliche Unternehmen privatisiert werden, wird den politisch Handelnden die Einflussnahme auf Entwicklungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse entzogen.

Doch auch auf der institutionellen Ebene wird die Demokratie ausgehöhlt. Neue Möglichkeiten der Einflussnahme auf politisches Handeln durch die Potenziale des Internets bleiben ungenutzt. Mehr direktdemokratische Einflussnahme wird blockiert. Die soziale Spaltung der Gesellschaft führt zu einer Spaltung der demokratischen Gesellschaft. Ein großer Teil der Bevölkerung bleibt von demokratischer Einflussnahme ausgeschlossen, weil ihm die Möglichkeiten zur Partizipation fehlen.

Gleichzeitig wird der repressive Überwachungsstaat ausgebaut. Mit jedem technischen Fortschritt werden neue Ideen entwickelt, um die Bürgerinnen und Bürger zu überwachen und Strafen besser durchsetzen zu können. Datenschutz wird ebenso ausgeblendet wie Informations-, Presse- und Demonstrationsfreiheit. Staat und Wirtschaft starten immer neue Prozesse, um das Internet und die damit verbundenen Möglichkeiten für horizontale Kommunikation und Meinungsbildung einzuhegen und zu reglementieren.

Der Eindruck, die Politik kümmere sich nicht um die Interessen der benachteiligten Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Ausschluss von Mitentscheidungsmöglichkeiten führen zu Politiker- und Parteienverdrossenheit. So entsteht ein gefährlicher Teufelskreis der Unterhöhlung des demokratischen Systems. Es entwickelt sich eine *Krise der Demokratie und der gesellschaftlichen Ordnung*.

Standortkonkurrenz und der Kampf um knappe Ressourcen liefern ganze Kontinente und große Teile der Bevölkerung einem hemmungslosen Unterbietungswettbewerb, dem Sozialabbau und der Ausplünderung aus. Die erkämpfte Demokratie, die eroberten individuellen Freiheiten und die sozialstaatlichen Fortschritte werden untergraben.

Die Zentralität der ökologischen Frage

Der globale neoliberale Kapitalismus versagt nicht nur sozial und ökonomisch, sondern auch ökologisch. Diese Einschätzung kann auch nicht dadurch relativiert werden, dass die sogenannten realsozialistischen Staaten an dieser Stelle nicht besser waren.

Entscheidungen werden auf immer kürzere Zeithorizonte orientiert. Entscheidungen mit längerfristiger Perspektive und die Berücksichtigung langer Zyklen der Natur stehen in tiefem Widerspruch zum kurzfristigen Profitkalkül. Das Wachstum der vergangenen 250 Jahre basierte vor allem auf der Nutzung fossiler Energieträger, zunächst der Kohle und seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts von Erdöl und Erdgas. Die Öl-, Kohle- und Gasreserven sind jedoch begrenzt. Der Höhepunkt der Förderung wird in absehbarer Zeit erreicht sein. Danach wird das Angebot von fossiler Energie rückläufig sein, während die Nachfrage infolge des immer noch riesigen Bedarfs an fossilen Energien in den Industrieländern und den Schwellenländern steigt. Unter kapitalistischen Bedingungen wird dies die Preise der

fossilen Energieträger und dabei auch die Profite der Energiekonzerne hochtreiben und auf diese Weise auch ihre gesellschaftliche und politische Macht weiter stärken.

Es ist zu einer *Krise der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, einer Krise der Reproduktion* gekommen. In vielen Ländern ist nicht einmal die Ernährung der Bevölkerung gesichert. Die heutigen Gesellschaften zehren von der Substanz. Die drohende Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die beschleunigte Vernichtung der biologischen Vielfalt einerseits und die Spaltung der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in ausufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten einer Medaille.

Die soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden. Die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel. Ungewöhnliche Wetterereignisse häufen sich. Technische Lösungen wie die Kohlendioxidspeicherung haben unkalkulierbare Risiken und Nebenwirkungen und verzögern nur den notwendigen Umbau. Auch die bisherigen Erfahrungen mit dem Emissionshandel in Europa sind enttäuschend. Es ist zu befürchten, dass die gehandelten Zertifikate als Wertpapiere, wie andere verbrieftete Papiere auch, zu spekulativen Zwecken genutzt werden. Der Erwerb von Emissionsrechten durch die Verursacher von Treibhausgasen in den Industrieländern von den Entwicklungsländern ist ein zynisches Tauschgeschäft von Umweltverschmutzung gegen Armut. Immer deutlicher wird: Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage.

Krieg als Mittel der Politik

Trotz aller Erfolge der Friedensbewegung wird auch in Deutschland mittlerweile der Krieg wieder als legitimes Mittel der Politik dargestellt. Unter dem Deckmantel des Humanismus werden Machtinteressen mit dem Mittel des Krieges ausgetragen. Aber auch weil Unternehmen weltweit Zugriff auf alle Ressourcen haben wollen, damit sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können, wird immer noch Krieg geführt.

Es gibt nach wie vor Imperialismus. Während auf der einen Seite politische Abhängigkeiten und Einflussphären gesichert werden sollen, stützt sich auf der anderen Seite der Imperialismus auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung.

Die sich daraus entwickelnden imperialen Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite und Märkte.

Kriege entspringen darüber hinaus aus Armut und Unterdrückung, aus Klimawandel, aus Verknappung und ungerechter Aneignung von Naturressourcen. Sie führen zu weiteren militärischen, ethnischen und religiösen Konflikten, dem Zerfall staatlicher Ordnung, zu Fundamentalismus und Terrorismus. Unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen werden auch Gewalt und Kriege zum Mittel der Politik. Oft geschieht dies unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus oder gegen »Schurkenstaaten«. Besonders fatal ist dabei die Begründung von militärischen Interventionen mit dem Schutz von Menschenrechten.

Die Gefahr einer Ausbreitung der Anerkennung von Krieg als legitimum Mittel der Politik ist groß. Mächtige Fraktionen der Machteliten des Nordens halten an dessen globaler Vorherrschaft fest.

Die EU, deren große friedenspolitische Leistung darin besteht, dass in der Europäischen Union seit mehr als einem halben Jahrhundert kein Krieg mehr geführt wurde, beteiligt sich außerhalb ihres Territoriums immer öfter an Kriegen. Die Legitimation zieht sie dabei aus dem Handeln der Regierungen der sie bildenden Nationalstaaten. Die wachsende Bedeutung militärischer Mittel für die EU spiegelt sich u.a. im Grundlagenvertrag von Lissabon wider.

III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert

Wir leben im 21. Jahrhundert. DIE LINKE will einen Demokratischen Sozialismus. Das bedeutet für uns die gesellschaftlichen Veränderungen aufzugreifen und die Idee einer anderen, nichtkapitalistischen Gesellschaft zu skizzieren. Und auch wenn diese Idee in den nächsten 20 Jahren vielleicht noch nicht erreichbar ist, werden wir schon heute den Kompass unseres politischen Handelns danach ausrichten. Die Idee dieser anderen Gesellschaft ist Richtschnur unseres täglichen Handelns und unserer Reformprojekte.

DIE LINKE kämpft

- **für eine offene und demokratische Gesellschaft, in der Freiheit und soziale Gerechtigkeit eine Einheit sind und Vielfalt und Toleranz die Triebfedern gesellschaftlicher Entwicklung.** In dieser Gesellschaft ist die Würde des Menschen der zentrale Handlungspunkt aller politischen Entscheidungen. Sie beschränkt staatliche Macht und sichert die Bürger- und Freiheitsrechte. Meinungs- und Informationsfreiheit sind umfassend gewährleistet, ebenso der plurale Zugang zu Öffentlichkeit. Entscheidungsfindungen werden transparent gemacht, Geheimverträge sind verboten. Einwohnerinnen und Einwohner verfügen über freies Internet sowie kostenlosen Zugang zu öffentlichen Informationen der Verwaltung und werden als Souverän auf allen Ebenen direkt in Entscheidungen einbezogen und haben - unabhängig vom Geldbeutel - die Möglichkeit, vor unabhängigen Gerichten um Rechtsschutz nachzusuchen. Der Staat ist unabhängig von Unternehmen; Parteien und andere zu Wahlen antretende Organisationen müssen unabhängig von Unternehmens- und Wirtschaftsverbandsunterstützung um Wählerinnen und Wähler kämpfen. Politische und Wirtschaftsmandate sind strikt getrennt; die Freiheit der Gewerkschaften und ihre Rechte zu Kampfmaßnahmen sind gesichert.
- **für eine Gesellschaft mit einer demokratischen Wirtschaftsordnung.** In dieser Gesellschaft ordnet die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung sich der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle der Gesellschaft unter. Das Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor wird öffentlich und demokratisch kontrolliert, weitere strukturbestimmende Bereiche werden auf der Grundlage von kommunalem und genossenschaftlichem Eigentum demokratisch vergesellschaftet, der privatwirtschaftliche Sektor wird strikter Wettbewerbskontrolle unterworfen. Im Rahmen der Veränderung der gesellschaftlichen Produktion erhalten die Einwohnerinnen und Einwohner gleichberechtigten Zugang zu Information und Kommunikation insbesondere über das Internet; in Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung gelten starke Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte.

- **für eine Gesellschaft, in der Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit im Privaten, politische Arbeit im Gemeinwesen, Bildung und Muße und andere notwendige Arbeiten sozial gestaltet und – insbesondere zwischen Frauen und Männern – gerecht verteilt sind.** In dieser Gesellschaft wird niemand gezwungen, Beschäftigung unter Missachtung seiner Qualifikation oder zu Hungerlöhnen anzunehmen; abhängig Beschäftigte haben einen umfassenden Kündigungsschutz. In dieser Gesellschaft schafft der Staat durch die Gewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens die Rahmenbedingungen für eine gerechte Verteilung der notwendigen gesellschaftlichen Arbeit und des hierdurch geschaffenen gesellschaftlichen Mehrwerts.
- **für eine solidarische Gesellschaft mit einem gerechten Steuersystem.** In dieser Gesellschaft werden Gering- und Mittelverdiener entlastet und besonders große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge sowie Unternehmensgewinne zur Finanzierung des Gemeinwesens und zum sozialökologischen Umbau herangezogen.
- **für eine Gesellschaft mit einer sozialen Finanzwirtschaft.** In dieser Gesellschaft wird die Bereitstellung eines funktionierenden Finanzsektors als öffentliche Aufgabe verstanden. Dazu gibt es ein Bankensystem aus drei Säulen: Sparkassen, Genossenschaftsbanken und staatliche Großbanken. Die Zentralbanken orientieren sich nicht nur an der Geldwert- und Währungsstabilität, sondern gleichberechtigt auch am Beschäftigungsziel und dem Ziel nachhaltiger Entwicklung. Auch Unternehmen im Eigentum von Bund, Ländern oder Kommunen unterliegen der Kontrolle und sind durch Gesetz auf das Gemeinwohl sowie soziale und ökologische Vorgaben verpflichtet.
- **für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch Anspruch auf eine gute medizinische Versorgung, Pflege und Alterssicherung hat.** In dieser Gesellschaft wird die Absicherung von Risiken wie Krankheit und Pflegebedürftigkeit sowie eine armutsfeste Altersvorsorge nicht an Beitragszahlungen geknüpft, sondern aus allgemeinen Steuermitteln gewährt, um den Betroffenen auch unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme und vom jeweiligen individuellen Einkommen aus einem (abhängigen) Beschäftigungsverhältnis eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Unternehmen werden durch die höhere Steuerbelastung an der Finanzierung beteiligt.

- **für eine Gesellschaft, in der die Gleichstellung aller gewährleistet ist.** In dieser Gesellschaft wird niemand wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung diskriminiert. Heute noch in der Bundesrepublik und auf europäischer Ebene bestehende Benachteiligungen sind abgebaut und Chancengleichheit ist gesichert. Die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen ist umgesetzt. Alle Barrieren – in Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der Kommunikation – werden unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung bedrohten Menschen und ihrer Angehörigen gezielt abgebaut und überwunden.

- **für eine Gesellschaft, in der die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleichermaßen respektiert, geachtet und geschützt wird.** In dieser Gesellschaft werden neben verheirateten und unverheirateten Eltern auch Patchwork-Familien sowie Partnerschaften von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und anderen, die sich nicht in die gängigen Geschlechterrollen einfügen, als Erziehende anerkannt und rechtlich gleichgestellt.

- **für eine Gesellschaft, in der die Kultur der Minderheiten von der Mehrheitsbevölkerung geschätzt und gefördert wird.** In dieser Gesellschaft besteht ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, die Politik in der Bundesrepublik richtet sich an den international anerkannten Maßstäben aus. Die Angehörigen der seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Minderheiten – Sorben, Dänen, Friesen, Sinti und Roma – können gleichberechtigt ihre spezifischen Belange und Ansprüche artikulieren und realisieren. Die Politik schafft - auch in der Verfassung - Rahmenbedingungen, die die Wahrung und Weiterentwicklung der Identität, Sprache und Kultur der Minderheiten sichern, ihr Recht auf Selbstbestimmung schützen und ihre Repräsentanz und Mitwirkung im gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess fördern.

- **für eine Gesellschaft, in der Einwanderung nicht als Bedrohung sondern als Chance für eine kulturelle Bereicherung angesehen wird.** In dieser Gesellschaft begreift Politik Einwanderung als einen Handlungsauftrag, der konkrete Taten verlangt. Der Staat fördert die sprachliche Entwicklung und die Bildungserfolge von Migrantinnen und Migranten und stärkt somit ihre Rechte und Chancen. Ethnische Minderheiten mit Migrationshintergrund erhalten

optimale Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung, um ihre nationale Identität sowie ihre Muttersprachen und Kulturen pflegen zu können. Wer seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, erhält das aktive und passive Wahlrecht sowie gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle Kinder, die hier geboren werden und von denen mindestens ein Elternteil in Deutschland lebt, erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Einbürgerung wird erleichtert; doppelte Staatsbürgerschaften werden grundsätzlich ermöglicht.

- **für eine Gesellschaft, in der das Grundrecht auf Asyl in vollem Umfang gesichert ist.** In dieser Gesellschaft erhält nach dem Prinzip „Offene Grenzen für Menschen in Not“ Schutz und Aufnahme, wer aufgrund von Kriegen, seiner ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, wegen seines politischen Engagements oder seiner sexuellen Orientierung, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, wegen Klima- oder Umweltkatastrophen gezwungen ist zu fliehen. Gleiches gilt für Frauen, die aufgrund von Gewalt oder sexueller Kriegsgewalt und deren Folgen fliehen müssen oder wenn ihnen Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung, Steinigung, Verfolgung, Folter oder Haft drohen, weil sie gesellschaftliche Normen überschritten haben. Familien dürfen nicht durch Behörden auseinander gerissen werden. Auch geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung, Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität, Kriegsdienstverweigerung und Desertion werden als Asylgrund anerkannt. In dieser Gesellschaft gibt es keine Illegalisierung von Flüchtlingen, keine Abschiebungen, keine Sondergesetze wie die Residenzpflicht und keine Sammellager. Die unmenschliche Abschottungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten nach außen ist beendet – es gibt keine Festung Europa.
- **für eine Gesellschaft, in der bei einer klaren Trennung von Staat und Kirche alle Religionen gleichermaßen geschützt sind.** In dieser Gesellschaft werden Geistliche nicht mit beamtenrechtlichen Sonderprivilegien ausgestattet und staatliche Richter und Beamte nicht mit einer religiösen Beteuerungsformel vereidigt. Die Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen haben umfassende Arbeitnehmerrechte, der Staat zieht keine Kirchensteuer ein und zahlt den Kirchen keine Ablösungsleistungen für Jahrhunderte zurückliegende Enteignungen. In den Schulen gibt es einen für alle Schüler verpflichtenden Ethikunterricht und Religionsunterricht als freiwilliges, zusätzliches Wahlfach. In öffentlichen Gebäuden hängen keine Kruzifixe oder andere religiöse Symbole. In dieser Gesellschaft hat Gott einen Platz in den Herzen der Menschen, die an

ihn glauben, nicht aber in der Präambel des Grundgesetzes. In dieser Gesellschaft ist das Bekenntnis zu glauben – oder nicht zu glauben – in jeder Hinsicht freiwillig.

- **für eine Gesellschaft, in der alle Kinder dieselben Chancen auf gute Bildung und Zugang zu Informationen haben.** In dieser Gesellschaft werden bereits in der Krippe die Grundlagen für ein selbstbestimmtes solidarisches Leben und für die aktive Teilhabe an der Gesellschaft und demokratisches Engagement geschaffen. Alle Kinder haben dieselben Chancen auf Bildung, unabhängig vom sozialen Status, Geschlecht, religiöser Orientierung, ethnischer Herkunft und sexueller Identität. Inklusion ist ein wichtiger Bestandteil humanistischer Bildung. Der freie Zugang zu Informationen aus Wissenschaft und Kultur und die Möglichkeit der kostenlosen Nutzung neuer Medien in den schulischen Einrichtungen sind die Bedingungen für ein Bildungssystem, das die Gesellschaft durch gemeinsames Lernen eint, Benachteiligungen nicht verstärkt, sondern ausgleicht und allen beruflichen Möglichkeiten und Lebensperspektiven eröffnet.

- **für eine sozial-ökologischen Gesellschaft, in der Wirtschaften und Leben sich an den Zielen der Nachhaltigkeit, der Bewahrung der Umwelt, einem sparsamen Umgang mit Ressourcen und globaler Gerechtigkeit ausrichten.** In dieser Gesellschaft setzt die Politik auf regionale Wirtschaftskreisläufe und auf regenerative Energiegewinnung und Versorgung. Durch eine neue Solidarität zwischen Nord und Süd, welche unter Umständen auch mit höheren Geldleistungen an die Länder des Südens im Hinblick auf Kompensationen für entgangenen Gewinn aus dem Raubbau mit sich bringt, wird ein weiterer Raubbau an natürlichen Ressourcen verhindert.

- **für eine Gesellschaft der Freiheit und des kulturellen Reichtums.** In dieser Gesellschaft gibt es kulturelle Vielfalt, Pressefreiheit und ein freies Internet. Informiertheit und Meinungspluralismus werden als wesentlichen Grundlagen einer lebendigen Demokratie verstanden. Netzneutralität und Datenschutz sind gewährleistet; es gibt weder Zensur noch eine Zensurinfrastruktur. Der Staat unterstützt die Entwicklung einer vielfältigen Kultur durch die Förderung der individuellen Fähigkeiten jeder Einzelnen und jedes Einzelnen sowie durch die Schaffung der erforderlichen Infrastruktur. Das kulturelle Erbe wird geschützt und erhalten.

- **für eine Gesellschaft mit starken Kommunen**, die rechtlich und finanziell so ausgestattet sind, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen artikulieren und solidarisch umsetzen und in denen öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können. Durch eine enge Kooperation von Stadt und Land wird sichergestellt, dass auch der ländliche Raum über eine an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete soziale, kulturelle und wirtschaftliche Infrastruktur verfügt.
- **für eine Gesellschaft, die achtsam mit Tieren umgeht**. In dieser Gesellschaft werden Tiere als schützenswerte Mitgeschöpfe angesehen, für die wir Menschen eine besondere Verantwortung tragen. Der Tierschutz ist als Staatsziel im Grundgesetz verankert; Massentierhaltung ist verboten und Tierversuche sind durch alternative Testmethoden ersetzt.
- **für eine Gesellschaft in der auch Sport in seiner gesellschaftlichen Funktion anerkannt ist**. Breiten- und Spitzensport werden gleichberechtigt gefördert. Kinder und Jugendliche werden dabei unterstützt ihre individuellen Fähigkeiten und Talente zu entdecken und zu erproben. Sportlerinnen und Sportler mit Handicaps werden gleichberechtigt behandelt.
- **für eine demokratische, soziale und friedliche Europäische Union**. In dieser erneuerten *Friedensunion* wird die europäische Idee nicht mehr durch Krieg, Standortkonkurrenz, Wettbewerb, Demokratieabbau und Dumpingwettbewerb diskreditiert und sie wird nicht länger von den Regierungen der Nationalstaaten missbraucht um Ideen durchzusetzen, für die sie in ihren Ländern keine Mehrheiten finden. In der erneuerten Europäischen Union gelten hohe und stetig verbesserte europaweite Mindeststandards des sozialen und Umweltschutzes, der demokratischen Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Unternehmens- und Vermögenssteuern.
- **für eine abgerüstete Welt**. In dieser Welt lassen die Staaten sich von dem Grundsatz leiten, dass Krieg kein Problem löst, sondern immer Teil des Problems ist und auch deshalb kein Mittel der Politik sein darf. Massenvernichtungswaffen sind abgeschafft, Armeen werden abgebaut und mit einer veränderten Entwicklungszusammenarbeit und dem Ende der Ausbeutung des Südens durch den Norden versucht die Weltgemeinschaft, Konflikte zu verhindern, bevor sie entstehen. Deutschland übernimmt internationale Verantwortung indem es den Kriegsdienst verweigert. Denn der Weg zum Frieden führt über den Frieden, und ohne den Frieden ist alles nichts.

Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Denn: Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der Demokratie und Frieden herrschen, in der die Gleichheit der Geschlechter gewährleistet ist und die Natur bewahrt wird, ist nur möglich, wenn die Vorherrschaft des Kapitals über die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Natur zurückgedrängt und gebrochen wird. Der Kapitalismus kann nur dann überwunden werden, wenn ein Aufbruch eingeleitet und von einer Mehrheit getragen wird, hin zu einer anderen Art zu arbeiten und zu leben, zu einer anderen Weise der gesellschaftlichen Produktion und des Verhältnisses zur Natur, zu wirklicher Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft sowie zu umfassender internationaler Solidarität und gemeinsamer Entwicklung, die die Grundlage für Frieden sind. Der erste große Versuch im 20. Jahrhundert, eine nichtkapitalistische Ordnung aufzubauen, ist an mangelnder Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Überzentralisation und ökonomischer Ineffizienz gescheitert, er wurde letztendlich von der Mehrheit der Menschen nicht mehr gewollt. Unter Pervertierung der sozialistischen Idee wurden Verbrechen begangen. Dies verpflichtet uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu bestimmen. Wir wollen einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der den heutigen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen und Möglichkeiten gerecht wird. Wir streben eine sozialistische Gesellschaft an, in der jeder Mensch in Freiheit sein Leben selbst bestimmen kann und dabei solidarisch mit anderen zusammenwirkt. Die Überwindung der Dominanz kapitalistischen Eigentums in der Wirtschaft, eine plurale und offene Demokratie und ein sozialer Rechtsstaat sind dafür die wichtigsten Grundlagen. So kann ein gutes Leben gestaltet, eine soziale Demokratie hergestellt und erweitert werden. Alle Menschen sollen am Reichtum teilhaben können. Der gleiche Zugang jedes Menschen unabhängig von sozialem Status, Geschlecht, Religion, ethnischer Herkunft und sexueller Identität zu den Bedingungen eines freien Lebens und die Demokratisierung aller Lebensbereiche gehören zusammen. Sozialismus und Demokratie sind untrennbar. Wir wollen eine andere Art von wirtschaftlicher Entwicklung und wissenschaftlich-technischem Fortschritt, um die natürliche Umwelt zu bewahren und den nachfolgenden Generationen eine verbesserte Welt zu hinterlassen. Wir wollen, dass Rechtsstaat und Sozialstaat eine Einheit bilden und streiten für eine weltweite Ordnung, die durch Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit geprägt ist.

Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative besteht weltweit. Heute besteht die Möglichkeit, jedem Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und Würde zu gewährleisten. Not und Elend können überall auf der Welt überwunden werden.

Wir wollen, dass alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Neigungen am gesellschaftlichen Leben mitwirken können und streben eine neue, gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten an. Der demokratische Sozialismus verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte unter den gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen soll. DIE LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.

IV. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft

DIE LINKE hat begonnen, die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik zu verändern. Sie trägt dazu bei, dass die Kämpfe um mehr Demokratie, eine offene, säkulare und plurale Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle, soziale Sicherheit, existenzsichernd bezahlte Arbeit, eine nachhaltige Energiepolitik und den Schutz der natürlichen Umwelt, um Demokratie und Frieden mit neuer Kraft geführt werden. DIE LINKE steht in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, Patriarchat, Rassismus und Krieg. Sie streitet für eine demokratische und soziale, emanzipatorische und friedliche Gesellschaft. Mit der Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand, parlamentarischem Agieren und Einsatz in Landesregierungen für eine grundlegende Umgestaltung machen wir uns auf den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft. Dabei knüpfen wir an den sozialstaatlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Errungenschaften sowie ökologischen Regulierungen an, die in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit bereits durchgesetzt wurden. Wir wollen sie weiterentwickeln und als Ausgangspunkt für weitergehende Veränderungen nutzen.

Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, andere gesellschaftliche Mehrheiten zu erringen um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.

Breite linke Bündnisse

Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich. Sozialer Wandel und politische Veränderung müssen aus der Gesellschaft erwachsen und von vielen Menschen getragen werden. Wir ringen daher um ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine linke demokratische, soziale, antipatriarchale, antirassistische, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Ausgehend von ihrer Funktion als linker Partei bringt DIE LINKE ihre eigenen Kompetenzen in politische Bündnisse ein und unterstützt sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit ihren Ressourcen. Als Partei greifen wir die Anliegen und Aktivitäten unserer politischen Partner auf und nehmen unsere eigenen Funktionen wahr. Wir bestärken unsere Mitglieder, in Gewerkschaften, sozialen Organisationen, Initiativen, Projekten und zivilgesellschaftlichen Gruppen aktiv mitzuwirken. Wir wollen Menschen ermutigen, sich gegen Politik zur Wehr zu setzen, die ihren Interessen widerspricht und den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet– mit Demonstrationen, Bürgerbegehren und zivilem Ungehorsam.

Wir werden gemeinsam mit anderen linken Kräften an zentralen alternativen Projekten des Einstiegs in eine andere Entwicklungsrichtung gesellschaftlicher Entwicklung arbeiten und sie mit Nachdruck vertreten. Solche Projekte erwachsen aus den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart und müssen in öffentlichen Diskussionen und in Aktionen unterschiedlichster Kräfte entwickelt werden. Die Verbindung von demokratischem und sozialem Protest, die politische Mitgestaltung in der Gegenwart und die Entwicklung von langfristigen Reformalternativen verstehen wir als strategische Herausforderung.

Auseinandersetzung mit neoliberaler Ideologie

DIE LINKE setzt der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines anderen Entwicklungsweges entgegen. Diese wollen wir mit den Erfahrungen und Konflikten in den Betrieben, im Arbeitsleben, den Kommunen und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentlichen Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Neoliberale Ideologie beschränkt sich aber nicht allein auf die Wirtschaftsform, sie entfaltet ihre Auswirkungen auch auf die vielfältigen Bereiche gesellschaftlichen

Lebens. DIE LINKE macht den Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive deutlich. Es geht um kritische Auseinandersetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit, um das Engagement in Netzwerken und die Beteiligung an wissenschaftlichen und publizistischen Diskussionen.

Arbeit in den Parlamenten, Volksvertretungen und Regierungen

Parlamentarische und außerparlamentarische politische Arbeit sind für DIE LINKE untrennbar. In Wahlen und politischen Kämpfen vertreten wir unsere alternativen Reformprojekte und wollen Mehrheiten für ihre Durchsetzung gewinnen. Uns ist bewusst, dass dabei auch Kompromisse geschlossen werden müssen. Die parlamentarische Arbeit gestalten wir so, dass sie der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient. Transparente Darstellung politischer Prozesse ist uns ein elementares Anliegen, Missbrauch politischer Macht wollen wir aufdecken und verhindern.

Parlamentarische Opposition wie auch das Wirken in Regierungen sind für DIE LINKE Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung. Der Kampf für die Verbesserung der Lage von Benachteiligten –auch unter einem globalen Blickwinkel-, die Entwicklung und Durchsetzung linker Projekte und Reformvorhaben, die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die Einleitung eines Politikwechsels sind der Maßstab für den Erfolg unseres politischen Handelns. Parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften gehen wir dann ein, wenn dies den von uns angestrebten Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft fördert. Den unterschiedlichen Möglichkeiten politischen Wirkens auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene tragen wir in unserer Politik Rechnung.

Voraussetzung für die Ausstrahlung, den Rückhalt und den Erfolg der LINKEN ist realistische glaubwürdige Politik, die sich schon in unseren Wahlprogrammen widerspiegeln muss. Über Regierungsbeteiligungen der LINKEN muss unter konkreten Bedingungen an konkreten Orten anhand verbindlicher Kriterien durch Parteitagsbeschlüsse entschieden werden. Unser Kriterium besteht aus drei Bestandteilen. Kriterium für eine Regierungsbeteiligung ist, ob mit einer Regierungsbeteiligung eine Verschlechterung der Lage der Einwohnerinnen und Einwohner entgegengewirkt und alternative Entwicklungspfade eröffnet und

Einwohnerinnen und Einwohner zu eigenem politischen Engagement ermuntert werden. Dieses Kriterium ist auf die konkrete Situation herunterzubrechen und damit auf die konkrete Situation anzuwenden. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.

Nachvollziehbare Kriterien und Transparenz politischer Entscheidungsprozesse erlauben die politischen Spielregeln zu hinterfragen und Schritte zu gesellschaftlichen Veränderungen einzuleiten. Dabei wird auch DIE LINKE stärker und das bei vielen Menschen existierende Gefühl von Ohnmacht und Alternativlosigkeit kann zurückgedrängt werden.

Linke Politik muss sich stets, auch und gerade in Regierungen, auf zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften stützen können, um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinteressen und parlamentarischer Logik zu unterliegen. Deshalb empfehlen wir allen Fraktionen der LINKEN einen Beirat zivilgesellschaftlicher Organisationen zu bilden, der die Fraktionen in ihrer Politikentwicklung berät und Anforderungen an konkrete parlamentarische Arbeit formuliert.

Ein neuer Politikstil

DIE LINKE steht für einen neuen Politikstil der Transparenz, des gesellschaftlichen Dialogs und der direkten Bürgerbeteiligung. Was wir für die Politik insgesamt fordern, gilt auch für uns selbst. Wir sind immer nur so stark, wie wir in der Gesellschaft verankert sind und gesellschaftliche Unterstützung erfahren. Linke Politik braucht treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung. Frauen müssen DIE LINKE als Vertreterin ihrer Interessen erleben und in ihr einen politischen Raum finden, in dem sie ungehindert durch patriarchale Geschlechterverhältnisse für politische Veränderungen streiten können. Alle Landtags- und Bundestagsabgeordnete sind verpflichtet, Angaben über Herkunft und Höhe ihrer Einkünfte zu veröffentlichen. Kein Parlamentsmitglied darf während der Ausübung des Mandats auf der Lohnliste eines Unternehmens oder Wirtschaftsverbandes oder einer Gewerkschaft stehen. Unsere Partei nimmt keine Spenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden entgegen.

Europäische und internationale Zusammenarbeit

Die Partei der Europäischen Linken ist ein wichtiger Faktor im politischen Leben Europas. Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung der Linken und kann die Kräfteverhältnisse in Richtung eines sozialen, demokratischen und friedlichen Europas verschieben. Wir setzen uns für den intensivierten Erfahrungsaustausch, die enge Zusammenarbeit und einen wirksamen politischen Kampf linker Kräfte in Europa und weltweit ein. Als Teil der Europäischen Linkspartei kämpfen wir für die Stärkung europäischer Kräfte für eine soziale, nachhaltige, demokratische und zivile Neuausrichtung und Neubegründung der Europäischen Union.

Innerparteiliche Demokratie und Solidarität

DIE LINKE versteht sich als lernende Partei. Sie will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Politik gestalten. Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen einer besseren Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten umsetzen können. Wir wollen durch das bessere Argument – öffentlich, transparent, kulturvoll und demokratisch – streiten, Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen, eigene entwickeln und breite gesellschaftliche Schichten erreichen und Mehrheiten gewinnen.

Entsprechend unserer Forderungen an die Politik gestalten wir unsere eigenen Entscheidungs- und Diskussionsprozesse transparent und nachvollziehbar mit der Möglichkeit der direkten Einflussnahme von Genossinnen und Genossen. Die Potenziale der LINKEN liegen in den Fähigkeiten ihrer Mitglieder, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und Lebenserfahrung. Politische Beteiligung und Interesse entstehen durch selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Handeln und demokratische Mitbestimmung bei der Gestaltung und Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse. Diese Vision wollen wir auch in der eigenen Partei leben. DIE LINKE entwickelt ihre Politik im engen Zusammenwirken von gewählten Führungsgremien und Mitgliedern in basisdemokratischer Verankerung. Pluralismus und Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei. Bei politischen Richtungsentscheidungen muss DIE LINKE in der Partei und mit der Gesellschaft debattieren. Soweit ein Kompromiss in der Partei nicht möglich ist, muss eine Entscheidung auf einem Parteitag oder durch einen bindenden Mitgliederentscheid getroffen werden.

Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft

Immer mehr Menschen lehnen den Kapitalismus ab und wollen eine Gesellschaft der Freiheit, der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit und der Solidarität. Gemeinsam mit ihnen will DIE LINKE für eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus. Die Alternative ist nicht »Freiheit oder Sozialismus«, sondern »Freiheit *und* Sozialismus« also Demokratie und Freiheit in einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Gemeinsam können wir dieses Land verändern und eine bessere Gesellschaft aufbauen.